



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 14. Sitzung des
Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt
Eberswalde
am 09.02.2010, 18:15 Uhr,
in der Familiengarten Eberswalde, Tourismuszentrum,
großer Saal, Am Alten Walzwerk 1, 16227 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 13. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 01.12.2009
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
 - Information zur Halle 15 Messingwerksiedlung aus denkmalpflegerischer Sicht
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen u. Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
 - 9.1. Vorlage: I/019/2010 Einreicher/
zuständige
Dienststelle: 65 - Bauamt

Information über erfolgte Vergaben nach VOB im Jahr 2009
10. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

- 10.1. **Vorlage:** BV/315/2010 **Einreicher/
zuständige
Dienststelle:** 61 - Stadtentwick-
lungsamt
**Bebauungsplan Nr. 400 "Technologie- und Gewerbepark"-1.
Änderung 2. Änderungsverfahren - Behandlung der Stel-
lungnahmen - Satzungsbeschluss**
- 10.2. **Vorlage:** BV/316/2010 **Einreicher/
zuständige
Dienststelle:** 61 - Stadtentwick-
lungsamt
**Bebauungsplan Nr. 400 "Technologie- und Gewerbepark"-1.
Änderung - Einleitung des 3. Änderungsverfahrens**
- 10.3. **Vorlage:** BV/317/2010 **Einreicher/
zuständige
Dienststelle:** 61 - Stadtentwick-
lungsamt
**1. Aktualisierung des INSEK - Integration des Projektes
"Bürgerbildungszentrum" (BBZ) in das INSEK**
- 10.4. **Vorlage:** BV/309/2010 **Einreicher/
zuständige
Dienststelle:** 65 - Bauamt
Vorplanung Verkehrsanlage Birkenweg
- 10.5. **Vorlage:** BV/310/2010 **Einreicher/
zuständige
Dienststelle:** 65 - Bauamt
Vorplanung Verkehrsanlage Waldesruh
- 10.6. **Vorlage:** BV/311/2010 **Einreicher/
zuständige
Dienststelle:** 65 - Bauamt
Vorplanung der Verkehrsanlage Gehweg Bernauer Heerstraße
- 10.7. **Vorlage:** BV/312/2010 **Einreicher/
zuständige
Dienststelle:** 65 - Bauamt
Vorplanung Fontanestraße
- 10.8. **Vorlage:** BV/313/2010 **Einreicher/
zuständige
Dienststelle:** 65 - Bauamt

Vorplanung Beleuchtung Nordendpromenade im Abschnitt von der Poratzstraße bis zur Angermünder Chaussee

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Wolfgang Sachse, eröffnet die 14. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Sachse stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der ABPU beschlussfähig ist. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Zu Beginn der Sitzung sind 8 Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt anwesend.

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 13. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 01.12.2009

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

Herr Sachse informiert, dass die Anfrage AF/052/2010 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Straßenreinigungssatzung** und das Antwortschreiben wurde vor Sitzungsbeginn verteilt.

Weiterhin ist das Antwortschreiben auf die Anfrage von Hr. Dr. Spangenberg im ABPU am 10.11.2009 verteilt worden.

TOP 6

Einwohnerfragestunde

Es sind keine Fragen gestellt worden.

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

- Konzept zur Gestaltung der Anliegerstraßen im Geltungsbereich der Erhaltungssatzung Heinrich-Heine-Straße

Frau H. Wolff vom Ing.-Büro ibe aus Eberswalde, stellt in einer Präsentation das Konzept vor. Das Konzept wird auf den Stadtseiten im Internet unter Stadtentwicklungskonzepte /Straßenbaukonzept eingestellt.

- Auswertung des Probelaufes der LED-Leuchten in der Ammonstraße

Frau Köhler stellt die Auswertung in einer kleinen Präsentation vor.

Frau Kroll informiert, dass die Stadt sich beim Bundes Ministerium für Bildung und Forschung am BMBF-Wettbewerb „Kommunen im neuen Licht“ zur Straßenbeleuchtung des Stadtgebietes Nordend mit LED-Leuchten beteiligt hat. Im April 2010 wird das Ministerium 10 Kommunen auswählen. Die 100%ige Förderung ist in 2 Phasen unterteilt.

1. Planungsphase
2. Umsetzungsphase

Der Antrag ist am 03.12.2009 eingereicht worden.

Die Entscheidung, welche Städte die Fördersumme von max. 2 Mio.€ erhalten, erfolgt in der Zeit vom 10.-16.04.2010. Die Förderung braucht nicht zurückgezahlt werden.

Frau Leuschner informiert, dass das EFRE Projekt Stadtpromenade am Finowkanal ausgeschrieben wurde. Es handelt sich um eine europaweite Ausschreibung, 60 Planungsbüros gaben ihre Bewerbung ab. Daraus werden sieben Büros ausgewählt. Die sieben Büros nehmen am städtebaulich-landschaftsplanerischen Ideen- und Realisierungswettbewerb teil. Die Auslobung des Wettbewerbes ist für Anfang Mai geplant.

Frau Leuschner informiert, dass ein neues Einzelhandelsgutachten beauftragt ist. Um den aktuellen Stand und die Bedürfnisse der Verbraucher/Innen zu analysieren, wird eine telefonische Haushaltsbefragung durch ein Marktforschungsinstitut ab Mitte Februar durchgeführt. Ca 300 ausgewählte Haushalte werden befragt. Die Bürger/Innen werden durch die Presse informiert.

- **Information zur Halle 15 Messingwerksiedlung aus denkmalpflegerischer Sicht von Herrn Gabsch**

Herr Gabsch stellt in einer Präsentation die Geschichte der Messingwerksiedlung und die große Bedeutung der Halle 15 aus denkmalpflegerischer Sicht dar.

Hr. Sachse bedankt sich für die Ausführungen von Hr. Gabsch und weist darauf hin, dass die Ausschüsse und die Stadtverordnetenversammlung sich in den weiteren Entwicklungsphasen mit der Problematik Halle 15 beschäftigen werden.

TOP 8

Informationsvorlagen

TOP 8.1

Information über erfolgte Vergaben nach VOB im Jahr 2009 I/019/2010

Es sind keine Fragen gestellt worden.

Der Ausschuss Bau, Planung und Umwelt nimmt die Information über erfolgte Vergaben nach VOB im Jahr 2009 zur Kenntnis.

TOP 9

Anfragen u. Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

9.1 Fr. Wagner bittet, dass alle Informationen der Verwaltung in der Tagesordnung aufgeführt werden sollen.

9.2 Hr. Dr. Steiner:

- 1) Bemängelt den schlecht ausgeführten Winterdienst der Verwaltung vor allem die schlechte Beräumung und das Androhen von Strafen an Bürger, die ihren Reinigungspflichten nicht nachkommen. Ein positives Beispiel ist die Stadt Strausberg, die die Schneemassen aus der Stadt mit Fahrzeugen rausbringen.
- 2) Wird die Stadt sich an den Beschluss der Stvv zur Beteiligung am Gutachten zur 380 KV halten? Oder wie andere Kommunen sich zurückziehen?

Herr Götze teilt mit, dass der Winterdienstplan von den Mitarbeitern des Bauhofes durchgeführt wird. Von den vier Räumfahrzeugen, waren drei defekt. Ein Fahrzeug wurde davon repariert. Der Einsatz von externer Technik aus anderen Firmen ist erfolgt. Das bedeutet zusätzliche Ausgaben für den Haushalt 2010. Die Fahrzeuge waren permanent im Einsatz. Außerdem ist zurzeit der Krankenstand im Bauhof recht hoch, was ebenfalls ein Problem darstellt.

Derzeit wird der Schnee von den Straßen und Gehwegen nach Nordend in den Dr.-Zinn Weg transportiert. Im Übrigen ist bis zum heutigen Tage noch kein Bürger/Innen zur Kasse gebeten worden, weil er seinen Reinigungspflichten nicht nachgekommen ist.

Nach der Winterperiode wird durch die Verwaltung eine Aufgabenkritik erfolgen. Eine Information der Auswertung zum Winterdienst erfolgt in einer der nächsten Ausschüsse.

9.3 Hr. Dr. Spangenberg teilt mit, dass er mit der Beantwortung seiner Anfrage nicht einverstanden ist. Es sollte ein zusätzliches Parkverbotsschild in der Schicklerstraße vor der Arztpraxis aufgestellt werden. Alle Bürger werden dadurch noch besser auf das Parkverbot in diesem Gebiet hingewiesen.

Hr. Götze sagt eine nochmalige Prüfung durch die Verwaltung zu.

9.4 Hr. Baaz fragt, wann seine Anfrage zum Fischsterben im Schwanenteich beantwortet wird und wann und wie oft werden die Ölabscheider am Teich gewartet.

Hr. Götze weist darauf hin, dass bei dieser Anfrage die fachliche Zuarbeit von anderen Ämtern und Behörden unter anderem von der Unteren Wasserbehörde eingeholt werden muss.

9.5 Hr. Müller übergibt einen Ergänzungsvorschlag zum Parkraumbewirtschaftungskonzept. siehe (**Anlage 2**)

9.6 Hr. Kuchenbecker teilt mit, dass ein Fischsterben im Schwanenteich auch in der Vergangenheit bei sehr starken Winter aufgetreten ist. Der Wasserstand beträgt ca. 2 m, der Rest ist Schlamm.

Hr. Kuchenbecker verweist auf die Präsentation von Hr. Gabsch zur Halle 15. Es handelt sich um zwei Teile, wobei der obere Teil dringend einer Nutzung übergeben werden sollte.

TOP 9.1

Straßenreinigungssatzung

AF/052/2010

Antwortschreiben ist vor der Sitzung verteilt worden.

TOP 10

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 10.1

Bebauungsplan Nr. 400 "Technologie- und Gewerbepark"-1. Änderung 2. Änderungsverfahren - Behandlung der Stellungnahmen - Satzungsbeschluss

BV/315/2010

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss Bau, Planung und Umwelt befürwortet den **Beschlussvorschlag:**

Über die abgegebenen Stellungnahmen zum Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 400 „Technologie- und Gewerbepark“ - 1. Änderung wird entsprechend den in der beigefügten Synopse des

Stadtentwicklungsamtes vom 05.12.2009 enthaltenen Beschlussvorschlägen entschieden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Öffentlichkeit, die Stellungnahmen abgegeben haben, von diesem Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 400 „Technologie- und Gewerbepark“ - 1. Änderung Stand: Januar 2010 wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung wird gebilligt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung über die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 400 „Technologie- und Gewerbepark“ - 1. Änderung ortsüblich bekannt zu machen.

TOP 10.2

Bebauungsplan Nr. 400 "Technologie- und Gewerbepark"-1. Änderung - Einleitung des 3. Änderungsverfahrens BV/316/2010

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss Bau, Planung und Umwelt befürwortet den **Beschlussvorschlag:**

1. Die Einleitung der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 400 „Technologie- und Gewerbepark“- 1. Änderung nach § 2 Abs. 1 i. V. m. § 13 Baugesetzbuch(BauGB) wird beschlossen.

Zum Geltungsbereich der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 400 „Technologie- und Gewerbepark“- 1. Änderung gehören folgende Flurstücke:

Gemarkung Eberswalde, Flur 4, Flurstücke 146 tlw., 162, 163, 267 tlw., 270 tlw., 296, 329, 330 und 364.

Der Übersichtsplan (unmaßstäblich) ist Bestandteil des Einleitungsbeschlusses.

Die Änderung des Bebauungsplans soll eine unmittelbare Erweiterung der vorhandenen Produktionsstätten der Schultaschenfabrik Eberswalde ermöglichen, dabei aber die Waldfläche insgesamt erhalten. Zu diesem Zweck sollen die Flächen im östlichen Teil des Plangebiets als Gewerbegebiet festgesetzt werden; im Ausgleich dazu sollen die derzeit als Gewerbegebiet festgesetzten Flächen im westlichen Plangebiet Waldgebiet werden.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einleitung der 3. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 400 „Technologie- und Gewerbepark“ - 1. Änderung ortsüblich bekannt zu machen.
3. Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3

Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB wird abgesehen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die von der Änderung betroffenen Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit durch Auslegung nach § 3 (2) BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Fristgemäß vorgebrachte Anregungen sind der Stadtverordnetenversammlung zur Prüfung und Entscheidung vorzulegen

TOP 10.3

1. Aktualisierung des INSEK - Integration des Projektes "Bürgerbildungszentrum" (BBZ) in das INSEK BV/317/2010

Hr. Müller fragt, wie ist der gegenwärtige Planungsstand des BBZ? Wird eine Planungsgemeinschaft aus Eberswalder Planungsbüros gebildet und beauftragt?

Hr. Götze teilt mit, dass eine europaweite Ausschreibung erfolgt ist.

Frau Wagner fragt nach den Fristen der Ausschreibung und ob durch diese europaweite Ausschreibung der Zeitplan zur Umsetzung des INSEK Programms in Verzug kommt?

Hr. Götze teilt mit, dass es Schwierigkeiten bei der Ausschreibung gibt.

Die Fragen werden in der Verwaltung geprüft.

Hr. Pringal fragt, ob eine geteilte Ausschreibung durchgeführt werden kann, da der Kita-Neubau ein eigenständiges Objekt ist?

Hr. Götze teilt mit, dass das Gesamte Objekt ausgeschrieben ist.

Fr. Wagner bittet um weitere Informationen über den Planungsstand in den folgenden Ausschüssen für Bau-, Planung und Umwelt.

Hr. Schubert teilt die Meinung von Hr. Pringal.

Hr. Sachse weist darauf hin, dass über die Aktualisierung des INSEK Programms abgestimmt wird und nicht ein einzelnes Projekt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Bau, Planung und Umwelt befürwortet die 1. Aktualisierung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts der Stadt Eberswalde (=INSEK 2008) mit dem Inhalt „Integration des Bürgerbildungszentrums (BBZ) in das INSEK“ zu.

Das Projekt Bürgerbildungszentrum ersetzt im INSEK 2008 das Projekt Haus des Wissens.

TOP 10.4

Vorplanung Verkehrsanlage Birkenweg BV/309/2010

Die Vorplanung ist durch das Planungsbüro ASPHALTA mbH, NL Eberswalde Mitarbeiter Hr. André Vtelensky vorgestellt.

Frau Köhler teilt mit, dass am 11.01.2010 ein Bürgerversammlung durchgeführt worden ist. Ergebnis: Die Variante 1 a ist als Vorzugsvariante erklärt worden.

Fr. Wagner fragt:

- 1) Warum wird in der Vorlage vom Begegnungsfall PKW/PKW und in der Präsentation vom Begegnungsfall PKW/Fußweg gesprochen?
- 2) Was ist mit den Kosten für die Straßenbeleuchtung? Was ist mit einer Verringerung der Straßenbreite 3,60 m aus Kostengründen, da sowieso nur eine Einbahnstraßenregelung und ein Begegnungsfall von PKW/Fußweg möglich ist.
- 3) Ist genügend Platz im Bauraum vorhanden um eine Rigolenentwässerung zu gewährleisten?

Fr. Köhler teilt mit:

zu 1) Es handelt sich um eine gerade einsehbare Anliegerstraße, die auch zum jetzigen Zeitpunkt keine Einbahnstraße ist. Die Verkehrsregelung muss nicht gesondert vorgenommen werden, da von einer gegenseitigen Rücksichtnahme weiterhin auszugehen ist.

Ausweichstellen sind an den einbindenden Straßen Kastanienweg und Eschenweg vorhanden. Eine Anstimmung mit der Verkehrsbehörde ist erfolgt.

zu 2) Die Kosten der Straßenbeleuchtung sind in der Vorlage nicht mit eingeflossen, da die Straßenbeleuchtung für das gesamte Stadtgebiet Nordend für eine 100%ige Förderung vom Land beantragt wurde und das Ergebnis abzuwarten ist. Die Bürger sind in der Bürgerversammlung davon in Kenntnis gesetzt worden, wobei ihnen die eventuellen max. Kosten für die Straßenbeleuchtung mitgeteilt wurden.

In der Bürgerversammlung ist mit den Anliegern die Straßenbefestigung über die gesamte Breite abgestimmt worden, um unbefestigte Randsreifen (Dreckstreifen) zu vermeiden.

zu 3) Der Einbau von Rigolen ist möglich.

Hr. Grohs fragt, wie ist die Beleuchtung im neu gestalteten Straßenraum eingeordnet?

Fr. Köhler teilt mit, dass die alte Beleuchtung zum jetzigen Zeitpunkt zum größten Teil auf Privatgrundstücke steht. Die Beleuchtungsmasten werden in den Seitenstreifen des Straßenraumes an der Grundstücksgrenze stehen.

Hr. Müller bemängelt, dass der Stempel des Planungsbüros nicht korrekt eingetragen ist, da die Firma ASPHALTA nur eine Niederlassung in Eberswalde hat und dieses auf dem Stempel ordnungs-

gemäß ersichtlich sein muss.

Hr. Pringal bestätigt die Aussage von Fr. Köhler, dass die Bürger/Innen ausdrücklich die gesamte Fläche befestigt haben wollten um einen unbefestigten Randstreifen zu vermeiden.

Warum sind in der Bürgerversammlung mehr Kosten benannt worden als in der Vorlage.

Fr. Köhler weist darauf hin, dass in der Versammlung die Gesamtkosten mit der Straßenbeleuchtung angesagt wurden, aber auch auf den Wettbewerb für die Beleuchtung hingewiesen worden ist. Erhält die Stadt die Fördermittel für die Beleuchtung, bedeutet dies, dass der Bürger die Beleuchtung anteilig nicht bezahlen muss, da eine 100%ige Förderung.

Hr. Hey fragt, ob eine Reinigung der Rigolen möglich ist?

Hr. Vtelensky teilt mit, dass eine Reinigung jederzeit möglich ist.

Hr. Wittig begrüßt den Straßenneubau der Anliegerstraßen sehr, dadurch wird für behinderten Mitbürger/Innen eine barrierefreie Straße geschaffen. Er bittet darum, eine Leitlinie für blinde und sehgeschwache Menschen, wie zum Beispiel die Regenrinne oder eine Straßenkante, vorzusehen.

Hr. Ebert fragt, wie ist die Gestaltung der Grundstückszufahrten geregelt?

Fr. Köhler teilt mit, dass die Zufahrten mit jedem einzelnen Eigentümer abgestimmt werden und dieser auch die Zufahrt zu 100% laut Satzung bezahlen muss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Bau, Planung und Umwelt beschließt die Vorplanung der Verkehrsanlage Birkenweg, Stand November 2009, mit der Variante 1 a als Vorzugsvariante.

TOP 10.5

**Vorplanung Verkehrsanlage Waldesruh
BV/310/2010**

Die Vorplanung ist durch das Planungsbüro ASPHALTA mbH, NL Eberswalde Mitarbeiter Hr. Andre` Vtelensky vorgestellt.

Frau Köhler teilt mit, dass am 11.01.2010 dazu eine Bürgerversammlung stattgefunden hat.

Hr. Banaskiewicz fragt, warum die Mulde nicht nur auf einer Seite vorgesehen ist.

Fr. Köhler teilt mit, dass die Entwässerung der Straße zu beiden Seiten günstiger ist.

Somit ist eine Gleichbehandlung aller Anlieger geregelt.

Die Variante 3 ist in der Bürgerversammlung von den Bürger/Innen als Vorzugsvariante bestätigt worden.

Fr. Wagner fragt nach der Höhe der Kostenschätzung für die Straßenbeleuchtung.

Fr. Wagner bittet, die Kosten in den Vorlagen nicht immer in Nettopreisen darzustellen.

Hr. Grohs fragt, ob die vorhandene Gasleitung berücksichtigt wurde, da eine Überbauung mit Asphalt der Leitung nicht genehmigt wird. Für den Fall, dass die Gasleitung im Rand liegt, muss eine Überdeckung der Leitung in der Mulde gesichert sein. Wenn das nicht der Fall ist, hätte man die Bürger in der Bürgerversammlung auf die Mehrkosten bei einer Pflasterstraße hinweisen müssen.

Hr. Sachse weist darauf hin, dass in der Vorplanung der Straßenbelag klar sein muss, um so die Kostenschätzung und die damit zusammenhängenden Beiträge für die Anlieger genauer zu ermitteln. Bevor man in die Öffentlichkeit geht, müssen diese Fragen wie z.B. Leitungsverlauf und Leitungstiefen geklärt werden.

Fr. Köhler teilt mit, dass in der Genehmigungsplanung die Versorgungsträger beteiligt werden. Die Verwaltung hat bis jetzt gute Erfahrungen in der Cl.-Zetkin-Siedlung beim Bau von Anliegerstraßen gesammelt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt beschließt die Vorplanung für die Verkehrsanlage Waldesruh, Stand November 2009, mit der Vorzugsvariante 3.

TOP 10.6

**Vorplanung der Verkehrsanlage Gehweg Bernauer Heerstraße
BV/311/2010**

Die Vorplanung ist durch die Ingenieurgesellschaft Setzpfandt GmbH Co.KG, NL Eberswalde Hr. Haack vorgestellt.

Frau Köhler teilt mit, dass am 27.01.2010 die Bürgerversammlung durchgeführt worden ist, die Eigentümer sind gegen den Ausbau des Gehweges.

Die Maßnahme ist auf Anforderung aus dem Bürgerhaushalt 2008 in den Haushalt 2010 aufgenommen worden.

Hr. Postler teilt mit, dass der Weg sehr genutzt wird, da viele Schüler und Mitarbeiter, die zum Behördenzentrum wollen, diesen Weg nutzen.

Da der Weg am Waldesrand verläuft stellt sich die Frage, ob nicht der Weg in Asphaltbauweise durch das Wurzelwerk der Bäume

mit den Jahren hochgehoben wird, wie zum Beispiel am Treidelweg.

Hr. Haack teilt mit, dass der Gehweg einen ausreichenden Abstand zum Baumbestand hat. Die Variante II Asphaltausführung ist die kostengünstigste Variante, auch ein Ausbau des Weges mit Betonsteinpflaster kann von den Wurzeln angehoben werden.

Fr. Wagner schlägt vor, den vorderen schon vorhandenen Gehweg aus den Unterhaltungshaushalt zu reparieren und den weiteren Wegeverlauf neu herzustellen. Weiterhin muss im Kreuzungsbereich Heinrich-Heine-Straße auf der anderen Seite der Gehweg gebaut werden, da kein Fußweg vorhanden ist.

Fr. Köhler teilt mit, dass die Reparaturarbeiten aus der Straßenunterhaltung 2010 nicht finanziert werden können. Der Weg weist auf Grund seines Alters einige Schäden und Verwerfungen auf und kann erneuert werden. Eine Abrechnung nach KAG laut Satzung in Teilabschnitte ist nicht möglich.

Frau Köhler sagt eine Prüfung der Vorschläge zu.

Hr. Dr. Spangenberg fragt, ob ein Fahrradweg mit vorgesehen ist?

Fr. Köhler teilt mit, dass, wenn der Weg als Geh- und Radweg ausgebaut werden sollte, diese breiter ausgebaut werden müsste. Das Verkehrsaufkommen ist nicht so hoch, dass Fahrradfahrer die Straße nutzen können. Kinder bis 10 Jahre dürfen auf dem Fußweg mit dem Fahrrad fahren.

Hr. Hey fragt, ob der Weg überhaupt notwendig ist.

Fr. Köhler informiert, dass die Maßnahme auf Anforderung aus dem Bürgerhaushalt 2008 in den Haushalt 2010 mit Fördermittel für den Stadtanteil aufgenommen wurde.

Hr. Grohs fragt nach der Straßenbeleuchtung.

Fr. Köhler weist darauf hin, dass die Straßenbeleuchtung bereits erneuert wurde und in einem sehr guten Zustand ist. Eventuell muss ein Beleuchtungsmast versetzt werden.

Hr. Baaz fragt nach den Folgekosten, da diese auch sehr hoch sind.

Fr. Köhler teilt mit, dass die Stadt jedes Jahr Kosten für die Unterhaltung aufbringen muss. Wenn ein neuer Weg gebaut wird, sind die Folgekosten viel geringer als die für die laufende Unterhaltung von sandgeschlammten alten Wegen.

Hr. Dr. Mai fragt:

1. Was ist mit den Ruinen auf dem Gelände Bernauer Heerstraße (Russenmagazin), werden diese Gebäude auch abgerissen?
2. Straßenanbindung H.-Heine-Straße ?
3. Werden die Kleinpflastersteine (Mosaik) auf dem Bauhof eingelagert wird?

Fr. Köhler teilt mit, dass das Mosaikpflaster geborgen wird und auf dem Bauhof eingelagert.

Die Wegeanbindung zur Tramper Chaussee wird mitgemacht. Der

verlängerte Weg ist mit Schottertragschicht im Vorjahr befestigt worden. Eine andere Befestigung mit Asphalt oder Pflaster ist aus Kostengründen zurzeit nicht möglich.

Hr. Götze teilt mit, dass die Ruinen nicht im Zuge des Wegebaus abgerissen werden können und diese außerdem Eigentum der Brandenburgischen Boden sind.

Hr. Schneiderei stellt den Antrag:

1. den gesamten Gehweg in einzelnen (2) Bauabschnitte zuteilen

a) einen neuen zu errichtenden Teil

b) einen Reparaturabschnitt Teil (Pflaster, alt)

Dabei ist darauf zu achten, dass der neue Bauabschnitt sich ästhetisch an den alten Bauabschnitt anfügt.

2. Der Gehweg soll bis auf die gegenüberliegende Straßenseite der Heinrich-Heine-Straße bis in die Kurve (Kurvenende) fortgeführt werden.

Abstimmungsergebnis: vertagt

TOP 10.7

Vorplanung Fontanestraße

BV/312/2010

Die Vorplanung ist durch das Planungsbüro FPG mbH, Hr. Seeberg vorgestellt worden.

Frau Köhler teilt mit, dass am 11.01.2010 dazu eine Bürgerversammlung durchgeführt worden ist.

Fr. Wagner bittet, die Detailpläne ins Netz zu stellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt beschließt die Vorplanung für die Verkehrsanlage Fontanestraße, Stand November 2009, mit der Vorzugsvariante C.

TOP 10.8

Vorplanung Beleuchtung Nordendpromenade im Abschnitt von der Poratzstraße bis zur Angermünder Chaussee

BV/313/2010

Die Vorplanung ist durch das Ing.-Büro Schirmeister, von Hr. Schirmeister vorgestellt.

Hr. Postler fragt:

1. muss dieser Weg so beleuchtet werden, da er der Meinung ist, dass der Weg nicht so viel begangen wird,
2. Vandalismus
3. Diebstahl der Leuchten

Hr. Schneiderei stimmt Herrn Postler zu.

Hr. Pringal ist der Meinung, dass die Beleuchtung zwischen der Neuen Straße und Angermünder Str. nicht unbedingt erneuert werden soll.

Warum ist für die Beleuchtung des Weges keine 100%ige Förderung angesetzt?

Fr. Köhler teilt mit, dass die Förderung der Beleuchtung der Promenade aus dem INSEK Förderprogramm resultiert und diese mit 75% gefördert wird. Der Bescheid wird jetzt beantragt.

Hr. Hey ist der Meinung, dass Weg und Beleuchtung wichtig sind, da der Weg von den Einwohnern in Nordend und den Mitbürgern die zur ihrer Arbeitsstätte müssen frequentiert wird.

Hr. Pringal fragt, ob die Abstände und Wartung der Beleuchtung richtig betrachtet wurden.

Hr. Schirmeister teilt mit, dass alle Faktoren und Bemessungsgrundlagen berücksichtigt wurden. Ein entscheidender Vorteil ist die Lichtpunkthöhe von 5 m.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt beschließt die Vorplanung der Straßenbeleuchtungsanlage Nordendpromenade, Stand September 2009, mit der Variante 2 Mastansatzleuchte „Mini Iridium BGS 451“ mit 24 Luxeon Rebel LEDs.

Wolfgang Sachse
Vorsitzender des
Ausschusses für Bau,
Planung und Umwelt

Gerda Schulz
Schriftführerin

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Vorsitzender**
Wolfgang Sachse

- **Ausschussmitglied**
Frank Banaskiewicz
Uwe Grohs
Dr. Hans Mai
Ingo Postler
Jörg Schneiderei
Dr. Günther Spangenberg

- **sachkundige Einwohner/innen**
Otto Baaz
Wolfram Hey
Hans-Jürgen Müller
Roy Pringal
Karin Wagner
Hartmut Wittig
Uwe Ebert

- **Ortsvorsteher/in**
Arnold Kuchenbecker

- **Grüne/B90**
Dr. Andreas Steiner Vertretung für Frau Oehler

- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**
Udo Götze
Heike Köhler
Silke Leuschner

- **Stellvertreter des Vorsitzenden**
Eckhard Schubert

- **Sonstige**
Eberswalder Blitz Werbe-
u. Verlags GmbH
MOZ